



Zustellung gegen Empfangsbekenntnis

Amprion GmbH
Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen, meine Nachricht vom

☎ 0228

Bonn

13.04.2021

Ablehnungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß §§ 26 Abs. 2 Nr. 1 KVBG; 13b Abs. 5 EnWG hinsichtlich der Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Kraftwerk Walsum, Block 9 (BNA0216a)

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

Amprion GmbH, Robert-Schuman-Str. 7, 44263 Dortmund, vertreten durch die
Geschäftsführung

- Antragstellerin -

wegen

des Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Walsum 9 (BNA 0216a) des Kraftwerks Walsum hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann, am 13.04.2021 entschieden:

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

☎ 0228 14-0

Telefax Bonn
0228 14-8872

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

Der Antrag der Antragstellerin auf Genehmigung der Ausweisung des Kraftwerksblocks Walsum 9 als systemrelevant im Sinne von §§ 26 Abs. 2 Nr. 1; 13b Abs. 2 S. 2 und Abs. 5 EnWG vom 26.02.2021 wird abgelehnt.

Gründe:

I.

Die Betreiberin der Anlage Walsum 9 nahm an der ersten Ausschreibungsrunde zur Reduzierung der Kohleverstromung nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) teil. Ihr Gebot bezüglich der Anlage Walsum 9 erhielt einen Zuschlag. Die Bundesnetzagentur informierte am 01.12.2020 die Übertragungsnetzbetreiber, welche Anlagen einen Zuschlag in der ersten Ausschreibungsrunde erhalten haben. Zudem teilte sie mit, dass das Kohleverfeuerungsverbot der bezuschlagten Anlagen am 08.07.2021 wirksam wird. Im Anschluss prüften die Übertragungsnetzbetreiber gemeinsam, welche der betreffenden Anlagen ab dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Kohleverfeuerungsverbots systemrelevant sind im Sinne von § 13b Absatz 2 Satz 2 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG).

Mit Schreiben vom 26.02.2021, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am 01.03.2021, teilte die Antragstellerin mit, dass die Anlage Walsum 9 systemrelevant sei und beantragte die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung. Ebenfalls am 01.03.2021 übermittelten die Übertragungsnetzbetreiber die gemeinsam erstellte Systemanalyse gemäß § 2 Netzreserveverordnung.

Die Antragstellerin begründete den Genehmigungsantrag mit dem Ergebnis dieser Systemanalyse, wonach die Anlage Walsum 9 in einer bestimmten Netzsituation innerhalb des Untersuchungszeitraums vom 01.04.2023 bis zum 31.03.2024 zwingend zum wirkleistungsbedingten Redispatch eingesetzt werden müsse, um das Übertragungsnetz unter Einhaltung des (n-1)-Sicherheitsstandards betreiben zu können.

Im Rahmen der anschließenden Prüfung des Genehmigungsantrags forderte die Bundesnetzagentur per E-Mail vom 04.03.2021 zusätzliche Berechnungen von der Antragstellerin an, da auf Grundlage der eingereichten Systemanalyse nicht feststellbar war, ob die Anlage Walsum 9 tatsächlich systemrelevant ist. Mit Datum vom 25.03.2021 reichte die Antragstellerin die Berechnungen bei der Bundesnetzagentur ein.

Die Antragstellerin wurde zu der beabsichtigten Entscheidung per E-Mail vom 09.04.2021 angehört.

Die Eigentümerin des Kraftwerks Walsum 9 wurde nicht angehört.

II.

Der Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Walsum 9 wird abgelehnt. Der zulässige Antrag ist unbegründet, da die Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 26 Abs. 2 Nr. 1 KVBG in Verbindung mit §§ 13b Abs. 2 S. 2 und Abs. 5 S. 1 EnWG nicht vorliegen.

Unabhängig davon, ob die weiteren Voraussetzungen des Genehmigungstatbestands vorliegen, fehlt es bereits an der Voraussetzung der Systemrelevanz der Anlage im Sinne von §§ 26 Abs. 2 Nr. 1 KVBG in Verbindung mit 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG. Der Wegfall der Erzeugungsleistung der Anlage zum 08.07.2021 infolge des Kohleverfeuerungsverbots gemäß § 51 Abs. 1 S. 2 in Verbindung mit Abs. 2 Nr. 1a) KVBG würde nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen.

Anders als in den Unterlagen der Systemanalyse der Übertragungsnetzbetreiber vom 01.03.2021 vorgetragen, kann das Übertragungsnetz in der dort identifizierten besonders kritischen Netzsituation, dem bedarfsdimensionierenden Netznutzungsfall in Stunde 297 bezogen auf den Betrachtungszeitraum vom 01.04.2023 bis zum 31.03.2024, unter Einhaltung des (n-1)-Sicherheitsstandards betrieben werden, ohne dass hierzu die Anlage Walsum 9 zum positiven strombedingten Redispatch von den ÜNB angefordert werden muss.

Aus der nachgeforderten Netzberechnung der Antragstellerin geht hervor, dass die sicherheitsgefährdende drohende Überlastung des Übertragungsnetzes in der kritischen Netzsituation, d.h. eine Verletzung des (n-1)-Sicherheitsstandards, bereits durch netzbezogene Maßnahmen gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 1 EnWG verhindert werden kann.

Rechtsbehelfsbelehrung

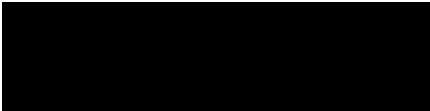
Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Sie ist binnen einer mit der Zustellung der Entscheidung beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 13.04.2021

Im Auftrag



Achim Zerres

(Abteilungsleiter Energieregulierung)